



International koordinierte Klimapolitik wichtiger denn je

Alleingang gefährdet Arbeitsplätze und bringt keinen ökologischen Nutzen. Die soeben zu Ende gegangene Klimakonferenz in Doha hat den ersehnten Durchbruch für eine zweite Kyoto-Periode bis 2020 nur knapp geschafft. Mit der EU und weiteren zehn Staaten, darunter die Schweiz, sind noch knapp zwölf Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen unter einer Reduktionsverpflichtung. Nachdem Kanada das Kyoto-Protokoll bereits vor einem Jahr aufgekündigt hat, ist mit dem Austritt Japans ein weiteres grosses Industrieland nicht mehr dabei.

Die Schweizer Wirtschaft bedauert diese allmähliche Aushöhlung der internationalen Klimapolitik. Sie hat gezeigt, wie die ambitionierten Ziele des Kyoto-Protokolls per 2012 zu erreichen sind: Mit wirtschaftlichen Massnahmen gemäss dem Modell der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) haben zahlreiche Unternehmen ihren CO₂-Ausstoss gesenkt. Mit Projekten im In- und Ausland hat die Stiftung Klimarappen zudem über mehrere Jahre kosteneffizient Emissionen reduziert.

Um bis 2020 noch deutlich höhere Klimaschutzziele zu erreichen, braucht es international koordinierte Ziele und Massnahmen. Ein schweizerischer Alleingang mit hohen Lenkungsabgaben schadet der Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet Arbeitsplätze. Auch das globale Klima leidet, wenn sich die Produktion in Länder mit wesentlich tieferen Umweltstandards verlagert. Daher ist es wichtig, dass sich der Bundesrat für eine international koordinierte Klimapolitik einsetzt.